

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 38a – Ausbildungsplatzabgabe

Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende  
von Bündnis 90/Die Grünen,

**Karl-Martin Hentschel:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 307.03 / 14.11.2003**

## **Ausbildungsbetriebe profitieren von Ausbildungsplatzumlage**

Notwendig ist nach unserer Auffassung eine Ausbildungsplatzumlage, damit die ausbildungswilligen Betriebe für ihre Anstrengungen belohnt werden. Diese Ausbildungsplatzumlage wird bezahlt von den Betrieben, die ausbildungsberechtigt sind, aber trotzdem keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten wollen wir frei stellen.

Wir brauchen dazu klare Rahmenbedingungen:

- Die Belohnung muss im Vordergrund stehen!
- Eine schlanke Organisation - sinnvoll wären Branchenlösungen, wie sie in der Bauwirtschaft zur Finanzierung der überbetrieblichen Ausbildung bereits existieren.
- Regelungen für ausbildungswillige Betriebe, die keine geeigneten Azubis finden.
- Einfache Herleitung der betrieblichen Anzahl der notwendigen Ausbildungsplätze.

Die grüne Bundestagsfraktion hat nun vorgeschlagen, die Ausbildungsumlage so zu gestalten, dass sie nicht erhoben wird, wenn genügend Ausbildungsplätze vorhanden sind. Minister Rohwer schlägt weiter vor, dass die Umlage regionalisiert erhoben wird, d.h. wenn im Bereich einer IHK genügend Ausbildungsplätze für die Region bereitstehen, dann wird in diesem Bereich keine Umlage erhoben.

Ich unterstütze diesen Vorschlag: Er ist ein guter Anreiz für die Betriebe, für ihre Region Ausbildungsplätze zu schaffen.

\*\*\*